

Der Landrat teilte mit, dass bereits in einer Sondersitzung des Sozialausschusses umfangreich über die Flüchtlingssituation berichtet wurde. Auch in der Ältestenratssitzung wird er dem Fraktionsvorsitzenden vorschlagen, das Thema Flüchtlinge zu einem Dauertagesordnungspunkt im Kreisausschuss zu machen. Unabhängig davon sei die Verwaltung bereit auch aktuell in den Ausschüssen zu berichten. Der Rhein-Sieg-Kreis habe derzeit zwei Notunterkünfte in Troisdorf und in Hennef zu betreiben, jeweils in der Turnhalle eines Berufskollegs. Für Troisdorf konnte mit dem ASB ein Betreiber gefunden werden und hier läuft es zufriedenstellend. Der vertragliche Rahmen müsse jedoch noch abschließend geklärt werden. In Hennef liefe es noch nicht ganz so reibungslos, da zum einen die Halle baulich nicht so geeignet ist wie vergleichsweise in Troisdorf. Damit gestalte sich die Unterbringung problematisch. Zum anderen muss diese Notunterkunft mit eigenem Personal betrieben werden, da hier noch kein geeigneter Betreiber gefunden werden konnte. Hier wird im Schichtbetrieb mit 30 – 40 Mitarbeiter/innen aus dem Haus gearbeitet, die nicht speziell für diese Belange ausgebildet sind und eigentlich auch ganz andere Aufgaben hier im Hause hätten. Allen diesen Mitarbeitern/innen möchte er ausdrücklich danken und seine Anerkennung zum Ausdruck bringen. Die Leistung sei bewundernswert. Mittlerweile käme man aber an einen Punkt, an dem diese Mitarbeiter/innen aus den verschiedensten Gründen ausgetauscht werden müssten. Daher möchte er zum Ausdruck bringen, dass er als Landrat diese Bereitschaft zu schätzen weiß und versichert, dass niemand, der sich freiwillig meldet, einen beruflichen Nachteil zu erwarten habe. Er wies auf die bevorstehende Informationsveranstaltung hin, mit Informationen zu den Hintergründen und verbunden mit der Hoffnung, die Bereitschaft für diese Aufgaben hervorzurufen und so ein Gemeinschaftsgefühl in der Verwaltung zu fördern. Unabhängig davon würde weiter nach einem Betreiber gesucht. Kurz zu der Situation in den Kommunen teilte er mit, dass die sog. 70-er-Regelung der Bezirksregierung eine Katastrophe sei, da es total unwirtschaftlich und nicht darstellbar sei, eine Notunterkunft mit 70 Flüchtlingen zu betreiben. Grundsätzlich liefen die Verteilung und die Registrierung der Flüchtlinge noch nicht rund und man werde alleine gelassen, auch finanziell. Er hoffe, dass die Gesetze, die auf den Weg gebracht worden sind, ein Schritt in die richtige Richtung sind. Denn auch der bevorstehende Winter und den kalten Temperaturen mache die Situation immer prekärer.

KD'in Heinze bestätigte, dass vieles schon richtig gesagt wurde und sie nur noch einiges ergänzen möchte. Danach sei der Krisenstab erstmalig in der Geschichte des Kreises nach dem 06.09.2015 einberufen worden, er ist im Amt 38 angesiedelt. Dieser hat diese Tätigkeiten mit einer Koordinierungsgruppe ausgeübt. Nach einer Woche konnte dann die Notunterkunft in Troisdorf an den Regelbetreiber ASB übergeben werden. Die Verträge hierzu sind von hier zu schließen und anschließend die Kostenerstattung bei der Bezirksregierung zu beantragen. Bereits jetzt sind als Abschlag 150.000 € zu veranschlagen. Beide Einrichtungen müssten auch noch winterfest gemacht werden, mit entsprechenden Containern und Zelten etc.. In der Unterkunft in Troisdorf läuft es gut. Hier sind die Flüchtlinge bereits registriert worden und man sei jetzt in der zweiten Besetzung mit 228 Flüchtlingen. In Hennef sei man noch in der ersten Belegung, rechnet aber in dieser Woche mit einer Registrierung. Danach würde die Halle eine Woche stillgelegt werden, um den Boden neu zu ertüchtigen und einige Maßnahmen zu ergreifen. In Hennef seien 10 Mitarbeiter/innen in der Stammbesetzung, die aufgeteilt sind in 2 Manager pro Schicht und 3 Betreuer. Sicherheitsdienst, Reinigungsdienst und Catering sind extern eingekauft worden. Alles andere wie Betreuung, Gespräche, Kleiderstube, Kinderbetreuung, Fahrdienste übernehmen die Mitarbeiter/innen alles selber. Solange kein Betreiber gefunden werden kann, läuft das auch so weiter. Dies sei eine große Herausforderung und nur mit großem Engagement möglich. Jedoch habe dies auch Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung im Haus und bat um Verständnis, wenn dies mal spürbar sein sollte. Alle Amtsleiter/innen, Dezernenten seien informiert und würden die Hintergründe kennen. Auch mit den Städten und Gemeinden sei man ständig im Gespräch und Austausch. Sie dankte ausdrücklich allen, die bei dieser Aufgabenwahrnehmung unterstützen, insbesondere den

Mitarbeitern/innen.

Abg. Becker (CDU) dankte für die ausführlichen Berichte und bat den Dank auch den Mitarbeitern/innen im Einsatz ausdrücklich mitzuteilen. Die freiwillige Bereitschaft verdiene höchste Anerkennung. Seitens der Politik solle die Verwaltung geschont werden, in dem Überflüssiges nicht an sie herangetragen wird.

Abg. Klein stellte die Frage, wann nach Ansicht der Verwaltung der Punkt erreicht sei, wo gesagt wird, dass man an der Kapazitätsgrenze angelangt sei und das man weiteren Anordnungen von Bezirksregierung oder Land nicht mehr Folge leisten könne. Er fragte, wie die Verwaltung dazu stehe.

KD'in Heinze führte hierzu aus, dass einer Anfrage der Bezirksregierung vom 13. Oktober auf Einrichtung weiterer 250 Plätze zu den vorhandenen 500 Plätzen, nicht entsprochen worden ist und dies sei von dort so akzeptiert worden.

Der Landrat teilte mit, dass die Diskussion um die Obergrenze hier nicht geführt werden könne. Dann würde dies entsprechend über die Bezirksregierung an das Land und die Bundesregierung gemeldet werden müssen. Bei einem geplanten Treffen mit den Bürgermeistern/innen soll es um eine Bündelungslösung gehen, zur Unterstützung der kleineren Kommunen. Weitere Überlegungen werden angestellt, neue Einrichtungen auf freien Flächen in Schnellbauweise zu schaffen. Wenn die Kapazitäten erschöpft sind, ist das Land oder der Bund gefragt, weitere Lösungen anzubieten. Dies könne man aber nicht an einer Zahl festmachen.

Abg. Becker (SPD) bedankte sich auch für den Bericht und möchte den Dank weitergeben an die Mitarbeiter/innen. Der Einsatz sei bewundernswert. Die Frage der Obergrenze könne hier nicht beantwortet werden.

Abg. Neuhoﬀ möchte den Mitarbeitern/innen vor Ort danken, die enormes leisten. Sie dankte aber auch Frau Heinze und Herrn Schuster, da das Engagement der Leute vor Ort davon abhängt wie gut, schnell, flexibel, strukturiert und strategisch in einer Verwaltungsspitze auf so eine Katastrophensituation reagiert wird. Dies habe hier im Rhein-Sieg-Kreis sehr gut funktioniert und hilft den Leuten.

Abg. Wickel merkte an, dass Frau Heinze in ihrem Beitrag von 10 Mitarbeitern/innen in der Stammbesetzung gesprochen habe und Herr Schuster von ca. 30 – 40 in dem Schichtdienst. Er möchte gern wissen, ob man beziffern könne, wie viele Mitarbeiter/innen in der Summe in der Flüchtlingsproblematik momentan beschäftigt sind beim Kreis.

KD'in Heinze ergänzte ihre Ausführungen dahingehend, dass zu Beginn im Krisenstab für ca. 14 Tage 12 – 14 Kollegen/innen tätig waren. Darauf folgte die Überführung in eine Stabsstelle 09 unter Leitung von Herrn Zimmermann und der Vertreterin Frau Lindemann mit 2-3 weiteren Leuten im BackOffice für die ganzen vertraglichen Dinge und die Organisation. Vor Ort sind 10 Mitarbeiter/innen im Schichtdienst im Einsatz, diese werden von knapp 20 Mitarbeitern/innen im Springerdienst unterstützt. Hinzu kommen erhebliche Stundenanteile von der Personalabteilung, der Gebäudewirtschaft, dem Gesundheitsamt, dem Schulamt, dem Jugendamt und dem Veterinäramt. Fachlich sind die unterschiedlichsten Ämter durch Vorgesetzte zur Unterstützung vertreten. Somit ist ein erheblicher größerer Anteil nötig, als man womöglich auf den ersten Blick vermutet.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Frau Heinze und dem Landrat für den unermüdlichen Einsatz. Er bedankte sich im Namen des Ausschusses insbesondere bei den Mitarbeitern/innen

für den Einsatz und bat Herrn Schuster darum, diesen Dank an die Mitarbeiter/innen weiter zu geben.